



Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/SA/02/2010) vom 20.04.2010

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Yonca Toepffer-Lasch

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Herr Eckhard Bulbeck

Herr Peter Ehlers

Herr Nicki-Sebastian Helms

Frau Antje Klein

Herr Wolfgang Mertineit

Frau Kerstin Thomsen

von der Verwaltung

Herr Jürgen Dräbing

Gäste

Herr Tomas Ruser

Herr Wilfried Zurstraßen

Presse

Herr Andreas Jacobs

Abwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Mainz

Beginn: 20:00 Uhr
Ende 21:13 Uhr
Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Frau Toepffer-Lasch teilt mit, dass dies ihre letzte Sitzung als Vorsitzende des Sozialausschusses ist, da sie zum 1. Mai 2010 nach Kiel verzieht und ihr Mandat als Gemeindevertreterin zurück gibt.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

- öffentliche Sitzung -

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 21.01.2010
3. Jugendstrandprojekt Beach-Power 2010
4. Sachstandsbericht Erweiterung der Wohnanlage Hein Schönberg
5. Sachstandsbericht Projekte Dienstleistungscenter PROArbeit
6. Bekanntgaben und Anfragen

SCHÖN/BV/140/2010

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Die Vorsitzende ruft die Einwohnerfragestunde auf, es ergeben sich jedoch keine Wortmeldungen.

TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 21.01.2010

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben.
Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung sind nicht mitzuteilen.

**TO-Punkt 3: Jugendstrandprojekt Beach-Power 2010
Vorlage: SCHÖN/BV/140/2010**

Die Vorsitzende bittet den Bürgermeister um ergänzende Erläuterungen zur Vorlage.

Bürgermeister Zurstraßen erläutert, dass es sich bei Beach-Power um kein neues Projekt handelt, sondern dieses bereits seit ca. 10 Jahren in den Sommerferien am Mittelstrand durchgeführt wird. In diesem Jahr soll das Programm inhaltlich an eine sich verändernde Bedarfslage angepasst werden. Die guten Erfahrungen des letzten Jahres aufgreifend, sollen verstärkt Fahrten und Veranstaltungen für Jugendliche angeboten werden. Die wichtigste beabsichtigte konzeptionelle Veränderung ist jedoch die Standortfrage. Bisher wurde das Projekt ausschließlich am Mittelstrand durchgeführt, dies ist aber nicht der erste Anlaufpunkt im Strandbereich für junge Menschen, insbesondere für die Jugendlichen in Schönberg und Umgebung. Sie treffen sich eher im Bereich der Schönberger Seebrücke, die auch für junge Gäste attraktiv ist. Der Bürgermeister berichtet außerdem, dass es jährlich Gästekritiken gibt, die aussagen, dass kein ausreichendes Jugendangebot im Bereich des Kurstrandes besteht.

Er berichtet, dass das neue Beach-Power-Konzept nun Aktivitäten in beiden Bereichen, also sowohl am Mittelstrand als auch im Strandbereich rechts neben der Seebrücke vorsieht.

Damit wird zum einen die tatsächliche Nachfrage befriedigt und zum anderen durch die Verteilung auf zwei Flächen ein möglicher Nutzungskonflikt relativiert. Der ausgewählte Bereich neben der Seebrücke ist traditionell nicht mit Strandkörben belegt und bietet sich daher für solche Aktivitäten an. Die Attraktivitätssteigerung des Beach-Power-Projektes soll durch verstärkte und gezieltere Werbung flankiert werden.

Jugendzentrumsleiter Thomas Ruser berichtet ergänzend, dass Beach-Power über die Jahre immer mehr zu einem Familienprojekt geworden ist, d. h. Kinder und Jugendliche kommen mit Eltern und Großeltern um an den Aktivitäten teilzunehmen, sich Spielgeräte auszuleihen und die Spielfelder zu nutzen. Für diese Zielgruppe besteht insbesondere Bedarf auch an der Seebrücke, das Stichwort ist hier „Aktivurlaub“.

Gemeindevertreter Helms betont zunächst, dass er der konzeptionellen Projektveränderung nicht im Wege steht, jedoch drei Nachfragen hat. Er fragt nach der Kurabgabepflicht im Bereich der Seebrücke, die Anzahl der jugendlichen Nutzer in den vergangenen Jahren und die Anzahl der Betreuer für das Angebot.

Zur Kurabgabepflicht erläutert der Bürgermeister, dass diese erst ab einem Alter von 18 Jahren besteht, Kinder und Jugendliche sind frei. Erwachsene Gäste, die in Schönberg Unterkunft genommen haben, haben in der Regel die Ostseecard und damit ihre Kurabgabepflicht erfüllt. Einheimische Erwachsene müssten eine Einwohnerkurkarte erwerben, die für die gesamte Saison 10 € kostet. Erwachsene Tagesgäste müssen die Tageskurabgabe entweder am Automaten oder bei den Kontrolleuren am Strand entrichten.

Herr Dräbing erläutert, dass die Anzahl der Jugendlichen, die das Angebot in den vergangenen Jahren täglich genutzt haben sehr schwankend war. Insbesondere ist es von den Witterungsbedingungen abhängig. Die Bandbreite geht von vereinzelt Nutzern an kühlen und regnerischen Tagen bis zu ca. 100 Personen die über den Tag verteilt bei gutem Wetter zu Beach-Power kommen. Die Betreuung des Projektes wird durch die drei eigenen Jugendarbeiter der Gemeinde und ggf. zusätzlichen Honorarkräften sichergestellt.

Gemeindevertreterin Klein beurteilt die vorgeschlagene Konzeptänderung aus Sicht der SPD-Fraktion als sehr positiv.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die Umsetzung des Konzeptes Jugendstrandprojekt Beach-Power 2010 wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Stimmberechtigte: 8			
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Sachstandsbericht Erweiterung der Wohnanlage Hein Schönberg

Auf Bitten der Vorsitzenden berichtet Bürgermeister Zurstraßen zum Sachstand der Erweiterung der Wohnanlage „Hein Schönberg“, hierzu verteilt er zunächst Planzeichnungen, die als Anlage zum Protokoll genommen werden.

Er führt aus, dass das Grundstück zwischenzeitlich geräumt ist. Hier soll die bestehende Seniorenwohnanlage in ähnlicher Bauform mit weiteren Gebäuden ergänzt werden. Zur Gestaltung haben die Beratungen im Bauausschuss und in der Gemeindevertretung ergeben, dass die Baukörper kleiner ausfallen als die vorhandenen und deshalb das dritte Geschoss

als Vollgeschoss und nicht als Staffelgeschoss ausgebaut werden kann. Die drei Baukörper sind im Erdgeschoss über Flure miteinander verbunden, diese Flure sind grün bedacht, ansonsten sind die Dächer flach geneigt.

Das Nutzungskonzept sieht Einzelzimmer und Apartments in einer Größe von ca. 25 m² und Wohnungen bis zu 100 m² vor. Abweichend zur Seniorenwohnanlage sollen in diesen drei Gebäuden jedoch Alt und Jung zusammen wohnen.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass eine einheitliche städtebauliche Gestaltung für die Gesamtanlage erreicht werden soll. Kontrovers diskutiert wurde dabei die Dachbegrünung. Die Mehrheit der Gemeindevertretung hat sich hier für die Festsetzung der Gestaltung entsprechend der bisherigen Bebauung entschieden. Die Gemeindevertretung hat außerdem beschlossen, die Fläche als Sondergebiet für Mehrgenerationennutzung auszuweisen, dies muss noch im Detail in den Bebauungsplan eingearbeitet werden, dann erfolgt der abschließende Beschluss.

Die Vorsitzende fragt nach dem Konzept für die Mehrgenerationenanlage, dabei interessiert sie insbesondere die Betreuung der Senioren.

Bürgermeister Zurstraßen berichtet hierzu, dass der Investor zum Betreuungskonzept intensive Gespräche mit der AWO geführt hat. Nach seiner Ansicht trägt das Projekt dem demographischen Wandel und der Integration von Senioren in die Gesellschaft Rechnung.

Die Vorsitzende Frau Toepffer-Lasch und Gemeindevertreterin Klein beurteilen die Intentionen des Projektes als positiv.

Ausschussmitglied Bulbeck fragt nach Kinderspielmöglichkeiten im Bereich der Wohnanlage. Bürgermeister Zurstraßen macht auf die entsprechenden Ausweisungen in den verteilten Planzeichnungen aufmerksam.

Die Vorsitzende regt an, die konzeptionelle Entwicklung der Mehrgenerationenwohnanlage seitens des Ausschusses weiter zu begleiten. Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, schließt sie den Tagesordnungspunkt.

TO-Punkt 5: Sachstandsbericht Projekte Dienstleistungszentrum PROArbeit

Die Vorsitzende bittet den Bürgermeister über die laufenden Projekte des Dienstleistungszentrums PROArbeit und die weiteren Planungen zu berichten.

Bürgermeister Zurstraßen führt aus, dass das Dienstleistungszentrum PROArbeit der Gemeinde Schönberg derzeit zwei Maßnahmen durchführt.

Kernstück des Dienstleistungszentrums ist dabei die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten, hier hinter verbergen sich die sog. 1-Euro-Jobs. Im Jahr 2009 hatte die ARGE im Kreis Plön für das Projekt insgesamt 55 Plätze bewilligt. Mit dieser Platzzahl kann ein Stellenpool von insgesamt 167 möglichen Arbeitsgelegenheiten in der gesamten Probstei in den verschiedensten Einsatzbereichen besetzt werden. Im Jahr 2009 haben 148 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Maßnahme teilgenommen. Bei 22 von ihnen gelang eine Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt. Hierbei spielt insbesondere die Qualifizierung und Betreuung der Teilnehmenden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von PROArbeit und die Durchführung von Praktika in den Betrieben in der Region eine entscheidende Rolle.

Im Jahr 2010 hat die ARGE im Kreis Plön wiederum 55 AGH-Plätze bewilligt, davon sind derzeit 47 besetzt und bereits 9 Vermittlungen in den 1. Arbeitsmarkt getätigt worden.

Zurstraßen führt weiter aus, dass der Einsatz nicht nur in der Werkstatt in Höhndorf und beim Bauhof erfolgt, sondern auch bei sehr vielen Kooperationspartnern in der Region. Dies sind z. B. die Schulen, das Kinder- und Jugendhaus, andere Gemeinden, Wohlfahrtsverbände und Senioreneinrichtungen. Die Bündelung der Arbeitsgelegenheiten in der Probstei beim Dienstleistungszentrum PROArbeit ermöglicht ein effizientes und zielgerichtetes Arbeiten mit dem Fokus auf die Verbesserung der Integrationschancen jedes einzelnen für den 1. Arbeitsmarkt.

Zusätzlich erläutert der Bürgermeister, dass die ARGE im Jahr 2010 drei weitere Plätze für die Einrichtung und den Betrieb eines Sozialkaufhauses in Lütjenburg bewilligt hat. Hier strebt das Dienstleistungszentrum PROArbeit eine Kooperation mit der Stadt Lütjenburg an. Herr Dräbing berichtet ergänzend, dass in Lütjenburg ein solches Angebot, bei dem gespendete Dinge des täglichen Bedarfs aufgearbeitet und an Bedürftige gegen einen Obolus weitergegeben werden, fehlt. In Schönberg ist das entsprechende Know-how und die notwendigen Werkstätten vorhanden. Daher besteht bei beiden Seiten das Interesse an einer Kooperation, die von der ARGE im Kreis Plön unterstützt wird. Derzeit wird ein Förderantrag an die AktivRegion vorbereitet, mit dem die Finanzierung des Projektes gesichert werden soll.

Anschließend berichtet Bürgermeister Zurstraßen über ein neues Projekt der Ausbildungsinitiative mit dem Namen „Regionale Berufsorientierung“. Mit diesem Projekt sollen Schülerinnen und Schülern des Schönberger Schulzentrums aber auch der Schulen in Heikendorf und in Lütjenburg spezifische Inhalte und benötigte Fertigkeiten und Fähigkeiten einzelnen Berufsbilder dargestellt und praktisch und anschaulich vermittelt werden. Berufswahlbezogene Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen und ihre Eigenverantwortung für die berufliche Zukunft frühzeitig gestärkt und die Ausbildungsreife gefördert werden. Die Schüler sollen durch Erarbeitung individueller Perspektiven zum zielgerichteten Lernen motiviert werden und die Lernbemühungen durch zusätzliche und individualisierende Unterrichtsaktivitäten bis zur Schulentlassung unterstützt und damit insgesamt die Grundlage für den beruflichen Start verbessert und die Zahl späterer Ausbildungsabbrüche gesenkt werden. Dieses Projekt, das über den Schönberger Tellerrand hinausblickt und auf die Erfahrungen der bisherigen Arbeit der Ausbildungsinitiative aufbaut, ist zur Förderung aus Mitteln der AktivRegion angemeldet. Außerdem gibt es eine Zusage der Agentur für Arbeit Kiel, dieses Projekt mitzufördern.

Aktuelles Problem ist ein sog. Stapelverbot bei der Förderung von Projekten aus AktivRegion-Mitteln. Dies bedeutet, dass nach derzeitigem Stand verschiedene öffentliche Mittel bei AktivRegion-Projekten nicht kumuliert werden dürfen. Zu dieser Problematik hat ein Gespräch im zuständigen Landwirtschaftsministerium stattgefunden. Von dort gibt es Signale, die Fördergrundlagen entsprechend ändern zu wollen. Mit einem Ergebnis wird demnächst gerechnet. Der Arbeitskreis Schule, Sport und Soziales sowie die Mitgliederversammlung der AktivRegion haben das Projekt bereits positiv beurteilt. Aufgrund der förderrechtlichen Problematik wurde jedoch keine abschließende Entscheidung getroffen, sondern diese an den Vorstand delegiert.

Anschließend berichtet Bürgermeister Zurstraßen über das Projekt GESA. Er weist zunächst darauf hin, dass die Inhalte des Projektes, das im gastronomischen Bereich stattfindet, den Ausschussmitgliedern bekannt ist. Das Projekt hat durchschnittlich 20 Teilnehmerplätze für einen zweijährigen Maßnahmenzeitraum. Es gestaltet sich schwierig, diese durchschnittliche Teilnehmerzahl zu erreichen und dies, obwohl es zwischenzeitlich gelungen ist, bei den Zuschussgebern die Zustimmung zu einer Konzeptveränderung, die auch eine Teilnahme in Teilzeit ermöglicht, zu erhalten. Als Gründe für die Schwierigkeiten bei der Projektbesetzung führt der Bürgermeister aus, dass für diese Projektteilnahme im Gegensatz zu einer Teilnahme an einer Arbeitsgelegenheit kein 1 EURO pro Stunde als Mehraufwandsentschädigung gezahlt werden kann und die Projektteilnahme freiwillig ist. Er berichtet auch, dass potentielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer verstärkt multiple Vermittlungshemmnisse aufweisen, das Potential also als arbeitsmarktfremd bezeichnet werden muss. Die durchschnittliche

Zahl der Teilnehmenden beträgt derzeit 14,66. Insgesamt haben aber bereits 29 Personen an der Maßnahme teilgenommen. Hier war das Ziel 30 Personen. Dies dürfte problemlos zu erreichen sein. Die unterdurchschnittliche Besetzung der 20 Maßnahmenplätze ist auch daraufhin zurückzuführen, dass bereits 9 Personen in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt wurden. Zur Akquise von Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das Projekt wurden gemeinsam mit der ARGE im Kreis Plön insgesamt ca. 400 Personen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen angesprochen und informiert.

Die Kooperation mit den gastronomischen Betrieben in der Region wird von Bürgermeister Zurstraßen als sehr gut bezeichnet. Er berichtet, dass eine Lenkungsgruppe, in der u. a. die DeHoGa und die Kreisvolkshochschule mitarbeiten ca. vierteljährlich einen Modulplan für die Inhalte des Projektes aufstellt und die Arbeit abstimmt und ggf. nachjustiert.

Abschließend macht er deutlich, dass im Jahr 2010 für alle Projekte des Dienstleistungszentrums PROArbeit inklusive der regionalen Berufsorientierung Kosten von 649.000 € entstehen, die zu 100 % aus Zuschüssen finanziert werden können. Aus seiner Sicht wird dieses Geld gut angelegt, da Schönberg immer noch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit hat, die über dem Kreis- und Landesdurchschnitt liegt.

Gemeindevertreterin Klein betont, dass Schönberg für seine vorbildlichen Arbeitslosenprojekte bekannt ist. Sie bedankt sich beim Team des Dienstleistungszentrums PROArbeit für die gute Arbeit und das große Engagement. Gleichwohl ist sie überrascht, dass von 400 angesprochenen Personen nur 29 im GESA-Projekt angekommen sind.

Bürgermeister Zurstraßen greift dies nochmals auf und berichtet, dass die Lenkungsgruppe über Ideen zur Attraktivitätssteigerung des Projektes außerhalb von Geldleistungen an die Teilnehmer beraten hat. Hier ist es insbesondere notwendig, dass die Teilnehmenden Wertschätzung und Anerkennung erfahren. Ein Weg soll hier sein, nach Möglichkeit Fernsehköche in die Ausbildung einzubinden. Das GESA-Team hat hier 30 bekannte Köche angeschrieben.

Die Vorsitzende bedankt sich für den ausführlichen Bericht und schließt den Tagesordnungspunkt.

TO-Punkt 6: Bekanntgaben und Anfragen

- a) Bürgermeister Zurstraßen berichtet, dass am heutigen Tag die Kindertagesstättenkonferenz zur Verteilung der Schönberger Kindertagesstättenplätze im neuen Kindertagesstättenjahr zum 01.08.2010 stattgefunden hat. Von den Kindertagesstätten wurden 74 zum 01.08.2010 freie Kindertagesstättenplätze gemeldet. Mit diesen Plätzen kann allen Kindern über drei Jahren mit einem Rechtsanspruch auf einen Platz die angemeldet sind und zum Schönberger Versorgungsbereich gehören, ein zeitlich bedarfsgerechter Platz angeboten werden. Dies ist nicht immer der Platz mit dem Erstwunsch der Eltern, in seltenen Fällen kann keiner der gewünschten Plätze, aber ein Alternativplatz angeboten werden.

Alle angemeldeten Kinder unter drei Jahren aus dem Schönberger Versorgungsbereich, die einen Betreuungsbedarf wegen Berufstätigkeit oder einer familiären Notlage nachgewiesen haben, erhalten einen der Wunschplätze. Zur Verfügung stehen noch sechs Plätze für über dreijährige Kinder und neun Plätze für unter dreijährige Kinder. Insbesondere bei den unter dreijährigen Kindern ist bei vielen Angemeldeten der Bedarfsnachweis von den Eltern noch nicht geführt worden. Sobald dieser vorliegt, erhalten die Eltern dann eine Platzzuweisung aus den neuen noch vorhandenen Plätzen.

Die Benachrichtigungen an die Eltern werden am 28.04.2010 versandt.

- b) Bürgermeister Zurstraßen dankt der Vorsitzenden für ihre gute Arbeit und Zusammenarbeit.
Die scheidende Vorsitzende Frau Toepffer-Lasch bedankt sich bei allen Ausschussmitgliedern und der Verwaltung für die angenehme Zusammenarbeit und Kooperation.
Sie wünscht ihrer Nachfolgerin genauso positive Erfahrungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende um 21.13 Uhr die Sitzung.

		gesehen:	gesehen:
Yonca Toepffer-Lasch - Ausschussvorsitzende-	Jürgen Dräbing - Protokollführer -	Wilfried Zurstraßen Bürgermeister	Sönke Körber - Amtsdirektor -